



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 27. März 1887.

Nr. 145.

Preussischer Landtag. Herrenhaus.

10. Sitzung vom 24. März.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministertisch: Maybach, Dr. Friedberg.
Das Gesetz betr. die Verlängerung der im Gesetz betr. Ergänzung der Bestimmungen über die Aussonderung des steuerartigen Theils aus den sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1885 festgesetzten Frist wird in einmaliger Schlussberatung angenommen.

Das Gesetz betreffend das Verfahren bei Vertheilung von Immobilienpreisen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts wird, dem Antrag der Kommission entsprechend, unverändert genehmigt.

Der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahr 1885-86 wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

Ebenso die Berichte betr. die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1885 bis dahin 1886, sowie betr. die bisherige Ausführung von Bestimmungen in den verschiedenen Gesetzen über den Erwerb von Privat-Eisenbahn-Unternehmungen für den Staat.

Die Gesetze, betr. die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinien für Rechnung des Staates, sowie betr. den weiteren Erwerb von Privat-Eisenbahn-Unternehmungen für den Staat werden nach kurzer Debatte unverändert angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Abgeordnetenhaus.

33. Plenarsitzung vom 26. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministertische: v. Buttner, v. Böttcher.

Tagesordnung:

Erster Gegenstand ist die dritte Beratung der Kreisordnung für die Rheinprovinz und des Entwurfs betr. die Einführung der Provinzialordnung in dieser Provinz.

Eine General-Diskussion findet nicht statt.

Zu § 45 der Kreisordnung beantragt

Abg. Dr. Hammacher (natl.), die in diesem Paragraphen gegebenen Bestimmungen für „Gesellschaften auf Aktien“ auszudehnen auf „Berggewerkschaften“. Er würde jedoch auf diesen Antrag verzichten, wenn die Regierung dahin eine Erklärung abgeben würde, daß unter den Begriff juristische Personen auch die Berggewerkschaften fallen.

Nachdem Geh. Reg.-Rath Dr. v. Bitter die gewünschte Zustimmung gegeben, zieht Abg. Dr. Hammacher seinen Antrag zurück.

Der Rest der Kreisordnung, sowie der Entwurf über die Provinzialordnung werden debattelos genehmigt.

Ohne Debatte passiert in dritter Lesung die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Lieber und Gen. wegen Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren.

Die Kommission beantragt, „die Regierung zu ersuchen, zur wirksameren Erreichung der Aufsichtszwecke eine angemessene Vermehrung der Zahl der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, sowie eine Verkleinerung einzelner Aufsichts-Bezirke herbeizuführen.“

Abg. Dürre (nat.-lib.) erklärt sich gegen den Antrag, er hält nicht eine Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren für nöthig, sondern eine Neuorganisation dieses Institutes sei erforderlich; durch diese Vermehrung werde die Neuorganisation verhindert.

Staatsminister v. Böttcher: Dem Vordrager gebe er in seinen Ausführungen, der Kommissions-Antrag sei arbeiterfreundlich und bezwecke nur das, was die Regierung selbst schon ausgeführt hat resp. noch ausführen wird, Recht. Die Kommissions-Beratung habe kein Beweismaterial für die Vermehrung der Fabrikinspektoren geliefert. Wo ein Bedürfnis vorliegt werde die Regierung schon auf eine Vermehrung der Fa-

bril-Inspektoren Bedacht nehmen. Dann bedürfe es des Kommissions-Antrages nicht.

Abg. Tramm (nat.-lib.) wünscht eine möglichst eingehende Prüfung der Bedürfnisfrage und bedauert, daß die Regierung diesem Antrage so ablehnend gegenüberstehe; sie dürfe nicht auf Anregungen von Seiten der Interessenten warten, sondern müsse in dieser wesentlich sozialen Frage selbst die Initiative ergreifen. Der Vorwurf des Ministers, die Kommission hätte kein Material geliefert, treffe nicht zu; denn der Abg. Letocha habe in der Kommission den Antrag gestellt, die Regierung möge Material sammeln.

Staatsminister v. Böttcher: Er habe sich nicht schroff ablehnend verhalten (sehr richtig!), sondern er habe nur gesagt, er bedürfe des Antrages nicht. Die Regierung halte das Institut auch nicht für überflüssig, das beweise der Etat, indem für diese Zwecke Mehrforderungen gestellt seien.

Abg. Freiherr v. Minnigerode (Deutschkonf.) hält nach der Erklärung des Ministers den Antrag für überflüssig; ein Gegner des Antrages sei er nicht.

Abg. Dr. Lieber (Zentrum) bemerkt dem Abg. von Minnigerode, daß er in diesem Falle eine motivirte Tagesordnung beantragen müsse. Den Minister verweise er auf den Kommissions-Bericht, der von Beweismaterial geradezu strotze. Die Anregung aus Arbeiterkreisen gehe viel weiter, als hier beantragt werde, die Arbeiter hätten eine Arbeits-Organisation gewünscht. Die Vermehrung der Fabrikinspektoren erfülle berechtigzte Forderungen der Arbeiter, und dadurch würde auch der Sozialdemokratie der Boden entzogen.

Abg. Freiherr v. Minnigerode (Deutschkonf.) stellt den Antrag:
„mit Rücksicht auf die seitens der Regierung abgegebene Erklärung über den Antrag des Abg. Lieber und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Dr. Reinhold (nat.-lib.) erklärt, daß seine Partei in ihrer großen Mehrheit beschloffen, für den Kommissions-Antrag zu stimmen. Er erklärt sich gegen den Antrag Minnigerode, denn das Haus müsse einen Druck auf die Regierung ausüben, da die Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren durchaus nöthwendig sei.

Staatsminister v. Böttcher nimmt die Regierung gegen den in den letzten Worten des Abg. Reinhold enthaltenen Vorwurf in Schutz und wiederholt nochmals, daß die Regierung die Bedürfnisfrage prüfen werde.

Abg. v. Schwaab (freikonf.) wünscht Medizinalbeamte zu den Inspektoren hinzugezogen, wodurch das Amt der Fabrikinspektoren wesentlich erleichtert würde.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. Tramm, v. Minnigerode und dem Minister v. Böttcher wird die Debatte geschlossen.

Der Berichterstatter der Kommission, Abg. Hise (Zentr.), drückt in seinem Schlusswort seine Freude über das Wohlwollen aller Parteien zu dieser Sache aus.

Abg. Ebert (dfr.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß seine Partei für den Kommissionsantrag stimmen werde.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgt die erste Beratung einer Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel, mit Ausnahme des Kreises Hintelen.

Abg. Hellwig (konf.) beantragt Kommissionsberatung, Abg. v. Bismarck-Platow (konf.) widerspricht dem.

Abg. Dr. Langerhans (dfr.) erklärt sich für Kommissionsberatung; seine Partei sei immer gegen die Landgüterordnungen gewesen; jede derselben hätte eine andere Gestalt gehabt und ebenso auch diese wieder. Es interessire zu erfahren, warum wieder eine andere Form des Gesetzes gewählt sei.

Nachdem Abg. Dr. Lieber (Zentr.), von Rauchaup (konf.) und Zeile (dfr.), welcher die Kommission bittet, von der Regierung Material darüber zu fordern, inwieweit die früheren Landgüterordnungen in Anwendung seien, die Kommissionsberatung beschließt

das Haus die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Das Gesetz betr. die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstüdtstellungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in der Provinz Hannover wird nach kurzer Debatte in erster Beratung genehmigt. Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden.

Der Entwurf einer Haubergordnung für den Dillkreis und den Oberweserwaldkreis wird in erster Beratung genehmigt, nachdem die Abgg. Lotichius (lib.) und Wisman (dfr.) denselben befürwortet haben. Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Berichte der Wahlprüfungs-Kommission und Berichte der Petitions-Kommission.

Schluß 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Se. Majestät der Kaiser mußte sich heute einige Schonung auflegen und nahm deshalb im Laufe des Tages weder Vorträge noch Meldungen entgegen. Der erlauchte Monarch leidet an einer leichten Erkältung, in Folge deren eine Affektion des linken Auges eingetreten ist. Hierdurch ist Allerhöchstderselbe auch an seinen regelmäßigen Spazierfahrten behindert.

Die Beschlüsse des Reichstages bei der zweiten Etatsberatung, die wahrscheinlich in dritter Lesung ohne jede Ausnahme bestätigt werden, haben an dem Etatsentwurf der Regierung außerordentlich wenig geändert. Bei einem Budget von rund 750 Millionen sind nur 1,678,810 Mark gestrichen worden und zwar 137,778 Mark bei den fortlaufenden und 1,541,032 Mark bei den einmaligen Ausgaben. Bei den dauernden Ausgaben betrafen die Abstriche die physikalisch-technische Reichsanstalt (25,432 Mark), die Geldverpflegung der Truppen bezw. Zulagen (Preußen 14,000, Sachsen 1400, Württemberg 940 Mark) und die Militärverwaltung von Batern (96,000 M.). Bei den einmaligen Ausgaben sind gegen die Regierungsvorlage gestrichen: Bei den Postgebäuden in Königs 63,000, in Myslowitz 80,000, in Weimar 45,000, in Danzig 143,622 Mark, bei der Garnisonwaschanstalt in Bromberg 110,000 Mark, bei der Infanteriekaserne in Minden 100,000, bei der Kavalleriekaserne in Darmstadt 4000, bei der Artilleriekaserne in Mainz 350,000 Mark, bei der Hauptladettenanstalt in Lichtersfeld 140,410 Mark, bei der Garnisonkirche in Straßburg 121,000 Mark, bei der Infanteriekaserne in Greifswald 200,000 Mark, an Erstattungen 9000 Mark, beim Bau eines Minendampfers 175,000 Mark. Zum Etat ist in zweiter Beratung nur eine einzige Resolution beschlossen worden. Dieselbe geht dahin, „den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, zukünftig und zum ersten Mal im Etat für das Etatsjahr 1888-1889 die Einnahmen, die sich in den Schutzgebieten ergeben, ersichtlich zu machen.“

Die Kirchenvorlage wird erst nach Ostern zur Erledigung kommen können. Die erste Lesung im Abgeordnetenhaus soll Ende dieser Woche erfolgen; hieran wird sich dann die Kommissionsberatung schließen, aus der die Vorlage erst nach den Osterferien hervorkommen dürfte.

Der Abgesandte des Papstes zum kaiserlichen Geburtsfeste, Monsignore Gallimberti, soll direkte Weisungen des Papstes zu Verhandlungen mit den deutschen Bischöfen überbracht haben, welche bezwecken, die katholische Presse zu einem friedlichen Verhalten zu veranlassen. So wird auswärtigen Blättern von hier gemeldet; die Wirkung bleibt abzuwarten.

Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gerichtslostenetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zugegangen.

Der „Katholische Bot“ bringt die folgende Mittheilung, deren Befähigung abzuwarten bleibt:

„Man erinnert sich, daß, als Herr Melchers nach Rom versetzt wurde, in der Erzdiözese Köln eine Geldsammlung stattfand, um ihm einen seiner Stellung entsprechenden Unterhalt zu ver-

schaffen. Nach einiger Zeit ließ er in der Kirche verkündigen, durch eine Fügung der göttlichen Vorsehung sei es geschehen, daß er solcher Unterstützung nicht bedürfe, er werde das bereits gesammelte Geld zu wohltätigen Zwecken verwenden. Ich weiß jetzt, worin die Fügung bestanden hat. Die römische Kurie erklärte, den neuen Kardinal nicht besolden zu können und auf eine Entfernung desselben von seinem erzbischöflichen Stuhle nur einzugehen, wenn die preussische Regierung ihm seine 36,000 Mark, auf die er als Kölner Erzbischof Anspruch habe, belasse. Die Regierung ging darauf ein und der Handel kam zu Stande; Melchers 36,000, Kremenß 36,000, macht zusammen 72,000 Mark. Der preussische Fiskus bezahlt also jetzt zwei Erzbischöfe, oder, wenn Sie wollen, einen nicht im preussischen Etat stehenden Kardinal mit dem Gehalt eines Erzbischofs.“

Im Etat steht dieses doppelte Gehalt selbstverständlich nicht.

Das „Justiz-Min.-Bl.“ giebt die neuen Richter und Staatsanwaltschaften bekannt, deren Errichtung im Staatshaushaltsetat für 1887 bis 1888 vorgesehen ist. Danach werden zwei Direktorenstellen, und zwar je eine beim Landgerichte I in Berlin und beim Landgerichte in Gleiwig; ferner 3 Landrichterstellen beim Landgerichte I in Berlin errichtet. Das hiesige Landgericht wird alsdann 18 Direktoren und 74 Landrichter haben. Staatsanwaltschaften werden 14 errichtet, und zwar eine beim Oberlandesgericht in Breslau und je eine bei den Landgerichten in Elbst, Lyd, Elbing, Bromberg, Schneidemühl, Ostrowo, Benthin, Gleiwig, Neuhoppin, Stade, Paderborn, Elberfeld und Aachen. Die Zahl der in Preußen vorhandenen Staatsanwaltschaften steigt damit auf 175.

Nur langsam, der fortgesetzten Obstruktion wegen, rückt die irische Strafrechtsnovelle vom Plage; die Vereitlung an Zeitverlust dürfte aber auch der einzige Erfolg sein, welchen die vereinigten Barnelliten und Gladstonianer zu erzielen im Stande sind. In seiner gestrigen Sitzung verwarf das Unterhaus den von Morley gegen die Dringlichkeit der Beratung der Novelle eingebrachten Antrag mit 349 gegen 260 Stimmen und nahm den Dringlichkeitsantrag an. Barnell kündigte hierauf an, er werde die erste Lesung der Zwangsbill durch den Unterantrag bekämpfen, daß sich das Haus sofort als Komitee zur Untersuchung der Zustände Irlands konstituire.

Nachdem ein irischer Priester Namens Keller das Zeugnis gegen Mitglieder der Nationalliga verweigert hat, da zur Wahrung des Beichtgeheimnisses Priester überhaupt nicht zur Zeugnisabgabe genöthigt werden könnten, hat das gegebene Beispiel bereits ansehend gewirkt, indem ein zweiter Priester, Nyan, ebenfalls das gerichtliche Zeugnis verweigerte. Beide Priester werden jetzt von Geistlichen und Laien als Helden und, da sie verhaftet worden, als religiöse Märtyrer gefeiert, und man fürchtet, so meint die „Times“, der Anspruch auf eine Ausnahmestellung der römischen Priester bezüglich der Zeugnisablegung — nicht nur hinsichtlich des Beichtgeheimnisses — werde noch weitere Nachahmung finden und nachdem Erzbischof Walsh jenes Vorgehen gebilligt, wahrscheinlich weit und breit benutzt werden, um das Gesetz lahm zu legen. Es könne daraus ein Konflikt mit der römischen Kirche in ganz Großbritannien entstehen.

Ausland.

Paris, 22. März. (Bost. Ztg.) Admiral Aube brachte, als er Marineminister wurde, ein neues System mit, welches den Anspruch erhob, das ganze Flottenwesen umzuwälzen. Die Zeit der großen Panzerschiffe war nach ihm vorüber. Wozu die Kolosse bauen, die zwischen 15 und 25 Millionen kosten, zu ihrer Herstellung mehrerer Jahre bedürfen und dann durch ein kleines Torpedoboot in einigen Sekunden zerstört werden können? Der Seefried der Zukunft sollte nur noch mit Torpedobooten geführt werden. Sie erforderten nur wenige Leute zu ihrer Bemannung, sie kosteten nur 1 bis 3 Hunderttausend Franken, sie konnten binnen wenigen Monaten gebaut werden, ihr Verlust war, sowohl was die Menschen, als auch den Geldwerth anbetraf, leicht zu verschmerzen und ihre Zerstörungsgewalt hatt. pra-

Hoch keine Grenzen. In einer seiner Zeit vielbesprochenen Prospektentwurf Admiral Aube ein lebendes Bild des Zukunfts-Seekrieges, wie er sich ihm vorstellte: das Torpedoboot, dieses „unendlich Kleine“, diese „Mikrobe des Meeres“, schlich sich angedeutet, am liebsten in der Nacht, an die großen Handelsdampfer und Kriegsschiffe heran, sandte ihnen in aller Bequemlichkeit seinen Torpedo, entfernte sich ruhig und sah in sicherer Entfernung zu, wie das feindliche Fahrzeug mit Mann und Maus zu Grunde ging; es säuberte alle Meere, denn da man es in Schwärmen ausheben konnte, so war es den großen Schiffen beinahe unmöglich, die hohe See zu halten, wo sie jeden Augenblick der Vernichtung ausgesetzt waren, ohne sich gegen die Gefahr wirksam schützen zu können. Das, wie gesagt, waren die Theorien des Admirals Aube und er suchte sie zu verwirklichen, indem er zahlreiche „selbstständige“ Torpedoboote bauen ließ, das heißt Fahrzeuge von 33 und 35 Meter Länge, welche den Anspruch erhoben, seetüchtig und zu großer Fahrt geeignet zu sein. Diese Boote hatten längere Fahrten, z. B. von Cherbourg um ganz Frankreich und die Pyrenäen-Halbinsel nach Toulon, von da nach Korsika, Algier und Tunis u. s. w., auszuführen und in den vor- und diesjährigen großen Flottenübungen wurden sie auch für die Seetaktik im Sinne des Marineministers erprobt. Die Ergebnisse sind nun solche, daß sie die Nützlichkeit der Theorien des Admirals Aube auf das Schärfste beweisen. Der Aufenthalt im Torpedoboot ist in Folge der beständigen Erschütterung durch die unverhältnismäßig starke Dampfmaschine (die wegen der notwendigen großen Fahrgeschwindigkeit nicht schwächer sein kann) für die Mannschaft fürchterlich qualvoll; die ältesten Seeleute sind fortwährend seefrank, essen und schlafen nicht und kommen nach wenigen Tagen so herunter, daß sie zu ernstlichen Anstrengungen überhaupt nicht mehr zu gebrauchen sind. Man hat vom Torpedoboot keine Aussicht und fährt in alle Schiffe, denen man begegnet, wodurch viele der manövrierenden Boote zu Schaden gekommen sind. Bei schneller Fahrt kann das Ausschließrohr nicht geöffnet werden, weil das Wasser sonst eindringen würde. Und endlich das aller schlimmste: der heisse Mechanismus der Whitehead-Torpedos geräth durch die Erschütterungen derart durcheinander, daß sie nach einer Fahrt von wenigen Tagen nicht mehr los lassen werden können, kein Ziel erreichen, die erforderliche Entfernung nicht mit Sicherheit durchlaufen u. c. Das Torpedoboot ist also in diesem Falle praktisch wehrlos und unnützlich. Aus alledem geht hervor, das Torpedoboot nur zum Küstenschuß auf kleine Entfernungen vom Lande zu verwenden sind und daß der große Seekrieg nach wie vor mit Panzerschiffen und Kanonen geführt werden muß.

Paris, 24. März. Nach Ansicht der hiesigen liberalen Presse kommt Fürst Bismarck in seiner Kirchenpolitik der Kurie noch lange nicht weit genug entgegen. Der jesuitische „Monde“ droht, er habe die Rechnung ohne den Wirth gemacht, wenn er glaube, aus den katholischen Reichstagsmitgliedern Sklaven machen zu können, die alle seine politischen Maßregeln blindlings genehmigten. Diese Aeusserungen des „Monde“ finden hier Beachtung, da dieses Blatt mit den Führern des Zentrums in nahen Beziehungen steht.

Flourens und Dauphin erlitten heute empfindliche Niederlagen. Dem einen verweigerte die Kammer die von ihm befürworteten 150,000 Frs. für das Gesandtschaftsgebäude in Tokio, und die Abtheilungen wählten für die Dauphinsche Einkommensteuer einen Ausschuss von 11 Mitgliedern, von denen nur ein einziges sich für dieselbe ausgesprochen hat.

Wie es heißt, wird man die Brodtaxe in allen Städten wieder einführen, da die Bäcker sich die Erhöhung der Brodtaxe bereits zu Nutzen machen, um die Brodtaxe zu steigern.

Ein Beamter des Kriegsministeriums wurde entlassen, weil er mit fremden Agenten im Verkehr gestanden haben soll.

Paris, 24. März. Die Urtheile der Pariser Presse über die deutsche Jubelfeier lauten gelassener, als zu erwarten war, denn der Groll auf den Sieger so vieler Schlachten ließ schlimmeres erwarten, und hierzu kam noch der Reiz der Republikaner auf die „Apotheose“ des monarchischen Prinzips in Europa. Besonders ein Gedanke leuchtet in den Pariser Festartikeln fast wie auf Verabredung wieder: der Vergleich zwischen Napoleon I. und Wilhelm I., mit der Prophezeiung: auf Ansterlich folgte Waterloo, auf den 22. März 1887 werden Tage folgen, an denen Deutschland wieder von seiner Höhe herabstürzt und zerfallen wird. Vergleiche aus der Geschichte hinten immer auf dem einen oder andern Fuße, dieser hinkt jedoch auf beiden. Napoleon war, wie Laine noch jüngst nachgewiesen, der richtige Abkatsch des Condottieri der italienischen Renaissance; Kaiser Wilhelm ist das richtige Musterbild des modernen deutschen Königs und Kaisers. Das sagt alles und widerlegt alle Prophezeiungen der Pariser Blätter, die von falschen Voraussetzungen ausgehen. Ledroys „Rappel“ beginnt: „Napoleon gab Talma das Schauspiel eines Parterres von Königen; wenn Deutschland auch einen Talma hätte, könnte ihm Wilhelm dasselbe Schauspiel bereiten“, weist dann aber, um zu zeigen: „die Einheit ist noch nicht fertig und auch nicht nahe daran, fertig zu werden“, auf die Polen und Elsaß-Lothringer hin, die „jezt so gut französisch sind wie vor 16 Jahren“ und

„den Pfahl in Deutschlands Fleisch bilden“. Aber wer das Reich stürzen werde, das seien die Sozialdemokraten, „die Normannen, die Karls des Großen Thränen wecken“: „Was Karl der Große in den Normannen, könnte Wilhelm in den Sozialisten vorahnen!“ Als ob Deutschland allein Sozialisten, als ob Frankreich keine Anarchisten und Kommunisten, als ob Rußland keine Nihilisten u. s. w. hätte! „Die Lebensbeschreibung Kaiser Wilhelms“, bemerkt die „Justice“, ist die Geschichte unseres Jahrhunderts, ist sogar die Geschichte unseres eigenen Landes“ (Frankreichs). Der orleanistische „Français“ wendet den Glanz der Jubelfeier gegen die französische Republik: „Welcher schwere, beunruhigende, grausame Gegenstand! Deutschland ist erstaunlich emporgekommen, Frankreich erheblich heruntergefallen, weil jenes der Monarchie treu blieb, der Hüterin dessen, was Völker groß macht, während Frankreich sich davon losgesagt hat.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. März. Meyerbeer's romantische Oper „Die Afrikanerin“ wird heute, Sonntag, im Stadttheater zur Aufführung gelangen, während im Bellevue-theater Moser's vorzügliches Lustspiel „Der Weichensprenger“ gegeben wird. Am Montag eröffnet Herr Direktor S. Lautenburg sein Gastspiel als „Nathan der Weise“, welches in kunstfreundlichen Kreisen freudiges Interesse erweckt wird.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedr. Boll hier selbst ist gestern das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Ernst Strömer ist zum Konkursverwalter ernannt.

Dem uns vorliegenden Geschäftsbericht der Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft für das Jahr 1886 entnehmen wir Folgendes: Die in diesem Jahre vorgenommene Erweiterung des Bahnnetzes ist ziemlich erheblich, die Vergrößerung der Geleisanlage beträgt 7318,44 Meter Baulänge, so daß jetzt die Gesamt-Bahn-Anlage 20,460,88 Meter Baulänge umfaßt, rechnet man das Doppelgeleise als einfaches Geleise, so verbleiben 16,079,46 Meter als eigentliche Betriebslänge. Wenn man die 4 im Verkehr befindlichen Bahnhöfe, welche streckenweise unter einander auf ein Geleise zusammenfallen, einzeln betrachtet, so stellt sich die Betriebslänge der Linie Westend-Stettin-Bahnhof auf 3450,83 Meter, der Linie Elysum-Stettin-Depot Oberwiehl auf 4209,63 Meter, der Linie Dampfschiffbollwerk-Bahnhof-Cap cheri auf 3648,18 Meter und der Strecke Frauendorf-Stettin-Bellevue auf 7487,45 Meter. Das auf dem Grundstück Oberwiehl Nr. 86—89 erbaute neue Depot bietet Platz für 96 Pferde und 24 Wagen, auch befindet sich auf demselben eine Schmiede mit Doppelfeuer und Beschlagraum, Bureauräume, eine Wohnung für den Verwalter, eine Zentesimalwaage und eine Dreherei, welche letztere insbesondere zum Abdrehen der Radbandagen Verwendung finden soll; wir haben einen Gasmotor von 2 Pferdekraften aufgestellt, der außer der Dreherei auch die Häckselschneide- und Quetsch-Maschine treibt.

Die zur Depot-Anlage erworbenen Grundstücke umfassen eine Fläche von 4636 Quadratmeter, hiervon sind heute durch die Depot-Anlage in Anspruch genommen 3151 Quadratmeter, mithin sind noch disponibel 1485 Quadratmeter; auf diesem Terrain befindet sich noch ein Speicher-gebäude, das an hiesige Kaufleute vermietet ist. Außerdem mußte die Gesellschaft die den vorerwähnten Grundstücken gegenüber in der Ober belegene Insel von circa 6103 Quadratmeter Fläche miterwerben, da diese von den Grundstücken im Verkauf nicht getrennt werden sollte; diese Insel ist zur Zeit an zwei Raubbaumeister verpachtet.

Die Gesamtkosten der Bahn-Erweiterung stellen sich auf 636,332,52 Mark und vertheilen sich dieselben ihrer Verwendung nach inklusive sämtlicher Unkosten folgendermaßen: auf Bahnbau 169,877,08 Mark, Immobilien 327,954,83 Mark, Pferde 81,526,79 Mark, Wagen 41,592,05 Mark, Inventarien 12,450,27 Mark, Livrees 2931,50 Mark.

Die Gesamteinnahmen des Jahres 1886 stellen sich auf 325,138,71 Mark, um 60,659,68 Mark gegen das Vorjahr mehr, es wurden ausschließlich der Abonnenten 2,621,393 Personen befördert, im Durchschnitt pro Tag auf der Linie Westend-Stettin-Elysum (seit dem 3. August eingegangen) 2566 Personen, auf der Linie Westend-Stettin-Bahnhof (seit 3. August im Betrieb) 1311 Personen, auf der Linie Elysum-Depot Oberwiehl (seit 3. August im Betrieb) 2556 Personen, auf der Linie Dampfschiffbollwerk-Cap cheri (seit 3. August im Betrieb) 1350 Personen und auf der Strecke Frauendorf-Bellevue 3519 Personen. Für den Personenverkehr wurden insgesamt 309,921,71 Mark vereinnahmt. Die gesammte durchschnittliche Tageseinnahme inkl. Abonnements und Extrawagen stellt sich auf 890,79 Mark. Die 2,621,393 Personen wurden in 158,109 Fahrten befördert, die dabei zurückgelegte Strecke betrug 842,443,3 Km., durchschnittlich pro Tag 3659,3 Kilometer in 682 Fahrten. Der Pferdebestand betrug zu Anfang des Jahres 121 Stück, zu Buch stehend mit 80,209 Mark, zugekauft wurden 110 Stück für den Preis von 113,386,79 Mark, davon wurden zum Preise von 9198,50 Mark 22 Stück verkauft, 3 gingen durch Tod ab, so daß am 31. Dezember 206 Stück vorhanden waren. Die Arbeitsleistung pro Pferd und Tag betrug 21,7 Km. Im Ganzen waren 5225 Krankentage zu verzeichnen, davon

entfielen auf: Hustenkrankheiten 2184 Tage, Festschmerzen 543 Tage, Kreuzschmerzen 78 Tage, Mäule 550 Tage, äußere Verletzungen 561 Tage, innere Verletzungen 3 Tage, Sehnenentzündung 39 Tage, Drupe 388 Tage, Kollik 3 Tage, Lungenentzündung 354 Tage, Influenza 522 Tage.

An Fournage wurde im Ganzen für 92,703,21 Mark verbraucht und zwar 445,156 1/2 Kilo Hafer, kostend 59,286,99 Mark, 73,179 Kilo Erbsen, kostend 10,382,25 Mark, 240,427 Kilo Heu, kostend 10,974,41 Mark, 286,494 Kilo Stroh, kostend 11,426,36 Mark und für 633,20 Mark Kleie und Leimluchen.

Hiernach stellte sich der Durchschnittspreis der Ration pro Tag auf 1,55 Mark gegen 1,61 Mark im Vorjahre.

Der Wagenpark besteht gegenwärtig aus 39 Personenzugwagen, 2 Einfuhrwagen, 6 Lastwagen, 4 Salzfuhrwagen.

Von dem Reingewinn in Höhe von 26,726,89 Mark sind statutenmäßig dem Reservefonds zu überweisen 5 Prozent = 1336 Mark, dem Aufsichtsrath an Tankeme 5 Prozent = 1336 Mark, so daß zur Verfügung der General-Versammlung 24,054,89 Mark verbleiben, welcher Ertrag die Gewährung einer Dividende von 2 Prozent auf das Aktien-Kapital von 1,200,000 Mark gestattet.

Die 7. ordentliche General-Versammlung der Gesellschaft findet am 6. April d. J. statt.

Zum Mitglied der Disziplinarkammer in Stettin ist der königl. preuß. Regierungs-Assessor von Knebel-Döberig hieselbst ernannt.

Der Kreis-Bauinspektor Mannsdorf in Anklam ist in gleicher Amtseigenschaft nach hier versetzt worden.

In der Woche vom 20. bis 26. März wurden in der hiesigen Volksküche 2491 Portionen verabreicht.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Afrikanerin.“ Große Oper in 5 Akten. Bellevue-theater: „Der Weichensprenger.“ Lustspiel in 5 Akten.

Montag. Stadttheater: Erstes Gastspiel des Herrn Direktors Siegmund Lautenburg. „Nathan der Weise.“ Dramatisches Gedicht in 5 Akten.

Bermischte Nachrichten.

Neunzigmal hat unser Planet seine große Tour um den Sonnenball vollbracht seit dem Tage, an welchem das hohe Geburtstagskind zu Berlin die Reise ins Leben angetreten hat. Seit her hat sich 1080 Mal der Mond erneut und 4668 Mal haben die Kirchenglocken die Sonntagsglocke eingeläutet, 32,871 Mal ist uns die 29. Februar der einundzwanzig Schaltjahre mit eingerechnet das Tagesgestirn aufgegangen und 788,904 Mal hat die Stundenuhr geschlagen, 47,334,240 Mal ist der Sekundenzüger über das Minutenzifferblatt gelaufen, 2,840,054,400 Sekunden sind ins Meer der Ewigkeit geflossen. Wenn man in jeder dieser 2,840,054,400 Sekunden, welche der deutsche Kaiser bis zum heutigen Nachmittag gelebt hat, je ein Guldenstück in die Trüben des deutschen Reiches geworfen hätte, so würde sich beiläufig dieselbe Milliardensumme ergeben, welche Wilhelm der Siegreiche durch einen einzigen glücklichen Feldzug dem deutschen Reiches zugeführt hat. Während dieser 90 Jahre sind nicht weniger wie 72 Kronenträger von ihren Thronen herabgestiegen, und zwar 52 Könige, 8 Kaiser, 6 Päpste und 6 Sultane. Kein König und kein Kaiser hat, seit dem ersten Versuch der Verbindung deutscher Stämme zu einem Staatswesen, ein Alter erreicht, das die sechzig Jahre überschritten hätte. Der älteste Monarch, der vor Kaiser Wilhelm auf einem deutschen Thron gesessen, war Friedrich III. (1439—1493), der im Alter von 77 Jahren starb; Rudolf I. (1273—1291) und Franz II. (1792—1835) erreichten fast das gleiche Alter von 73 Jahren. Im 70. Jahre starben Lothar von Sachsen (1125—1137), der die Geschlechter der Franken und Hohenstaufen in der Thronfolge auseinander hielt, und Sigismund von Luxemburg (1400—1437), dessen Regierungszeit in die Zeit der Hussitenkriege fällt. Friedrich I. Barbarossa war 69 Jahre alt, als er (1119) im Kalchadmus ertrank. Albrecht I. (1298 bis 1308), welcher durch den Erzherzog Leopold ermordet wurde, und Leopold I. (1658—1705) erreichten Beide ein Alter von 65 Jahren; Ludwig der Bailer (1314—1347) wurde 63 und Karl IV. (1347—1378) und Otto I. (936 bis 973) 62 Jahre alt; Wenzel I., Karl V., Ferdinand I. und Mathias überschritten das 60. Lebensjahr, während Heinrich I., Konrad II. und Maximilian I. sich demselben näherten. — Das einzige Mitglied eines europäischen Fürstenhauses, das den deutschen Kaiser an Jahren heute übertrifft, ist die vermittelte Herzogin von Cambridge, geborene Prinzessin von Hessen-Kassel, die am 25. Juli vorigen Jahres ihr 91. Lebensjahr begonnen hat und sich, obwohl lange durch Krankheit ans Lager gefesselt, doch gleich unserem Kaiser die geistige Frische und den regen Antheil für das Leben erhalten hat.

(Hinter den Koulissen.) Wo lassen Sie Ihre Toiletten machen, Kollegin? — Natürlich in Paris. — Aber da kommen Sie ja nie hin? — Ist auch gar nicht nötig, ich suche mir die Stoffe hier aus, zur Anprobe geht mein Pariser Schneider in den Louvre, — ich und die Venus von Milo haben zufällig ein und dieselbe Figur.

Wochenbericht über die Berliner Börse von Sachs & Pincus in Berlin, Getreide- und Bankgeschäft.

Getreide und Produkte.

Berlin, 25. März.

Der Getreidehandel stand während der vergangenen Woche unter dem Zeichen des Frühlings, welcher nach langem Harren endlich bei uns eingelehrt ist. Der nach alter Erfahrung damit verbundene Kursdruck blieb auch diesmal nicht aus. Voran ging Amerika mit täglich etwas weiter nachgebenden Notirungen angesichts der von England und Frankreich gemeldeten großen Luftlosigkeit. Auch sollen die Saaten in Amerika gut überwintert haben.

Am hiesigen Markte fehlte es speziell für entferntere Sichten von Weizen mangels jeglicher Anregung von auswärtigen Kaufkraft und genügte nach Eintritt frühlingmäßiger Witterung in den letzten Tagen bereits mäßiges Angebot, um Preise ganz erheblich zu werfen. Schließlich brachte dieser Rückgang einige Kaufkraft hervor. Erheblichen Widerstand leistete der Baissabewegung der April-Mai-Termin. Ein sehr erhebliches Haussengagement auf diesen Termin in wenigen Händen hart der Abwärtelung noch und wird Abnahme der Ründigungen in Aussicht gestellt. April-Mai-Lieferung notirt heute 162 1/2 M. gegen 161 1/2 M., September-Oktober dagegen 162 1/2 M. gegen 165 M. pro 1000 Kilo am 18. cr.

Roggen hatte in effektiver Waare bescheidenen Verkehr. Terminpreise waren einem fortgesetzten Rückgang unterworfen auf Realisationen der Haussiers für nahe Sichten und Blankoabgaben inländischer und russischer Spekulant auf entferntere Termine. Flaue Berichte von Holland und dem Rhein, reichliches und rentirendes Angebot abfallender Qualitäten von Nordrußland, wie auch billige Offerten von den deutschen Ostseehäfen gaben zunächst den Anlaß, später gestellte die milde Witterung dem hingu und büßten Kourse daraufhin 3 M. per 1000 Kilo ein, um sich schließlich auf Gewinndeckungen etwas zu befestigen. April-Mai notirt heute 122 1/2 M. gegen 124 1/2 M., September-Oktober 127 M. gegen 129 1/2 M. per 1000 Kilo vor 8 Tagen.

Hafer erfuhr trotz mäßiger Zufuhr einen ansehnlichen Preisabschlag, freilich nicht in dem Maße wie Termine, welche im Verhältnis zum Preisstand einem geradezu derouterartigen Entwerthungsprozess unterworfen waren. Abgeber waren zunächst Importeure in Folge eines überwältigenden Angebots von Rußland. Der Einfluß der überaus großen letzten Haferernten in Rußland wie bei uns macht sich in einschneidender Weise geltend, weil Westeuropa keine größere Aufnahmefähigkeit für die russische Ueberproduktion zeigt. Auf die vorerwähnten Verkäufe der Importeure, wie scharfe Realisationen der Konsumäre verloren Preise trotz schließlicher Repression noch ca. 4 M. per 1000 Kilo und notirt April-Mai M. 93 gegen M. 97 1/2 per 1000 Kilo vor 8 Tagen.

Rüböl zeigte bei kleinem Verkehr mäßige Schwankungen. Abnahme der Ründigungen per April-Mai scheint bevorzustehen.

Spiritus hatte stillen Verkehr. Preise schwächten sich auf Realisationen mit dem Nahen des April-Mai-Termins zunächst etwas ab, zeigten sich aber auf dem billigeren Niveau recht stabil. Die Steuerfrage bleibt eine offene. Die mäßig zugeführte Vofowaare fand bei Fabrikanten und Reporteuren schlanke Abzug. April-Mai notirt heute unverändert M. 38,20, wie vor 8 Tagen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 26. März. Das „Ertrablat“ meldet, der bisherige Wiener Nuntius Kardinal Banutelli lehnte den Posten des päpstlichen Staatssekretärs ab.

Wien, 26. März. Die gemüthsfranke Gemahlin des Herzogs von Cumberland, Herzogin Thyra, wurde dieser Tage einer hiesigen Privat-Hellanstalt übergeben. Sie leidet an Verfolgungswahn.

Rom, 25. März. Die „Tribuna“ hält die Bildung eines neuen Kabinetts in folgender Zusammensetzung für wahrscheinlich: Depretis Ministerpräsident ohne Portefeuille, Crispi Snuere, Graf Robilant Auswärtiges, Bertole Viale Krieg, Magliani Finanzen, Grimaldi Arbeiten, Zanardelli Justiz, Brin Marine, Branca Aderbau. Die „Tribuna“ fügt ihrer Mittheilung hinzu, jedenfalls sei nicht anzunehmen, daß sich die definitive Bildung eines neuen Kabinetts noch lange verzögern werde.

In Savona wurden heute früh 2 Erdstöße verspürt.

Paris, 25. März. Der „Temps“ schreibt: Depretis bemüht sich, Crispi und Zanardelli zum Eintritt in das Kabinet zu bestimmen.

Bezüglich der Theilnahme Deutschlands an der Weltausstellung sind alle bisherigen Nachrichten verfrüht. Offiziell wird sich dasselbe allerdings nur an der Abtheilung für Kunst betheiligen.

London, 26. März. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die Expedition Stanley's am 18. d. am Kongo angekommen und am 19. d. nach Matadi weitergereist, wo sie am 21. d. ein treffen sollte.

Athen, 26. März. Die Kammer nahm die Tabaksteuer-Vorlage mit 81 gegen 25 Stimmen an.